

Organisationsreglement Gemeinderat

vom Gemeinderat erlassen am 25. Februar 2002 (GRB Nr. 02-0073)

Aenderungen und Ergänzungen:

- 1) Art. 19 Abs. 2 neu (GRB Nr. 02-0159, 08.04.2002)
- 2) Art. 19 Abs. 3 neu (GRB Nr. 08-0001, 14.01.2008)
- 3) Art. 39 Abs. 2, 3 ergänzt (GRB Nr. 2015-0048, 26.01.2015)
- 4) Art. 19 Abs. 3 neu (GRB Nr. 2017-0619, 03.11.2017)

Inhalt

1	Allgemeine Bestimmungen	3
2	Führung und Information	3
	A Führungsorganisation	3
	B Führungsinstrumente	4
	C Information	5
3	Geschäftsführung Gemeinderat	6
	A Konstituierung	6
	B Geschäftsvorbereitung	7
	C Gemeinderatssitzungen	8
4	Organisation Schnittstellen	10
	A Gemeindepräsident/in	10
	B Ressortleitungen	10
	C Kommissionen und übrige Behörden	12
	D Gemeindeschreiber/in	12
	E Verwaltung	13
5	Schlussbestimmungen	13
Anhang 1: Raster Vorbereitung Gemeinderatsanträge		
Anhang 2: Raster Pflichtenhefte Einzelpersonen		
Anhang 3: Raster Pflichtenhefte Gremien		

1 Allgemeine Bestimmungen

Art. 1

Der Gemeinderat erlässt gestützt auf das Gesetz über die Organisation der Grundlage Gemeinden und Bezirke vom 29. Oktober 1969 und die Gemeindeordnung vom 26.4.1991 das nachfolgende Organisationsreglement.

Art. 2

Ergänzend zum Gemeindeorganisationsgesetz und der Gemeindeordnung Gegenstand und Zielsetzung legt der Gemeinderat im Organisationsreglement seine interne Organisation, Aufgaben und Kompetenzen sowie die Grundsätze der Geschäftsführung fest. Zudem regelt er die Schnittstellen zu seinen Organen und der Verwaltung.

Ziel ist die Sicherstellung einer rechtmässigen, effizienten und wirkungsorientierten Geschäftsführung des Gemeinderats.

Art. 3

Das Organisationsreglement gilt für den Gemeinderat, seine Ressorts, die Geltungsbereich Kommissionen, übrigen Behörden sowie die Verwaltung.

Art. 4

Die in diesem Organisationsreglement aufgeführten Funktionen stehen Sprachform ungeachtet ihrer weiblichen oder männlichen Bezeichnung stets beiden Geschlechtern offen.

2 Führung und Information

A Führungsorganisation

Art. 5

Der Gemeinderat ist verantwortlich für die gesamtheitliche, politische Führung Gemeinderat der Gemeinde. Er leitet die Gemeinde mit Zielen, welche sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung, an den rechtlichen Grundlagen und an den verfügbaren Ressourcen orientieren.

Die Mitglieder des Gemeinderats führen die ihnen zugewiesenen Ressorts, Ressortleiter Kommissionen oder übrigen Behörden. Sie sind dafür verantwortlich, dass die durch die Gesamtbehörde festgesetzten Ziele in ihrem Verantwortungsbereich erreicht werden. Jedes Mitglied des Gemeinderats hat eine Ansprechsperson in der Verwaltung . Gegenüber dieser sind sie weisungsberechtigt.

Art. 7

Der Gemeindeschreiber ist Stabsstelle des Gemeinderats und des Gemeindepräsidiums und unterstützt diese bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. Zudem ist er
verantwortlich für die Geschäftsführung der Verwaltung. In dieser Funktion sind
ihm die Verwaltungsangestellten organisatorisch administrativ direkt unterstellt.

Der Gemeindeschreiber ist dem Gemeindepräsidenten unterstellt.

Art. 8

Die Verwaltungsangestellten sind verantwortlich für die fachliche und Verwaltungsangestellte administrative Erledigung der ihnen vom Gemeinderat übertragenen Aufgaben. Sie unterstehen fachlich der entsprechenden Ressortleitung und organisatorisch administrativ dem Gemeindeschreiber.

в Führungsinstrumente

Art. 9

Der Gemeinderat erarbeitet auf der Basis des Leitbilds ein 4-Jahres- Regierungsprogramm Regierungsprogramm¹, in welchem die massgebenden inhaltlichen, Führungs- und Ressourcenziele, die Massnahmenschwerpunkte sowie ein Zeitplan enthalten sind. Das Regierungsprogramm bildet die Grundlage für den Finanzplan.

Art. 10

Die Ressorts erstellen zu Handen des Gemeinderats jährlich ein Arbeitsprogramm, in welchem das Regierungsprogramm konkretisiert und nötigenfalls angepasst wird. Das Arbeitsprogramm bildet die Grundlage für den Voranschlag.

ein Jährliches Arbeitsprogramm

¹ Das Regierungsprogramm erfolgt zeitlich parallel zur Legislaturperiode des Kantons.

Der Gemeinderat sorgt für die Errichtung eines zweckmässigen Führungs- und Controllingsystem Informationssystems, welches ihm rechtzeitig die notwendigen Entscheidungsgrundlagen liefert sowie die Überprüfung der Zielerreichung, der Umsetzung von Massnahmen und des Mitteleinsatzes ermöglicht.

c Information

1. Externe Information

Art. 12

Der Gemeinderat informiert die Öffentlichkeit offen, sach- und zeitgerecht über Grundsatz wichtige Geschäfte der Gemeinde.

Art. 13

Der Gemeindeschreiber übt die Funktion des Informationsbeauftragten des In

Art. 14

Entsprechend dem Turnus der Gemeinderatssitzungen wird regelmässig über Regelmässige Information die Verhandlungen des Gemeinderats informiert.

Art. 15

Bei bedeutenden Sachvorlagen werden die Bevölkerung und insbesondere die Punktuelle Information betroffenen Kreise durch Hintergrundinformationen und/oder Informationsveranstaltungen orientiert und in die Meinungsbildung miteinbezogen.

2. Interne Information

Art. 16

Die Gemeinderäte informieren sich gegenseitig offen und in zweckmässiger Behördeninterne Information

Weise über die laufenden Geschäfte.

Kommissionen und übrige Behörden geben dem Gemeinderat innerhalb von 14 Tagen ab Sitzungsdatum – unter Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen – die Sitzungsergebnisse bekannt (i.d.R durch Protokoll). Gemeindepräsident und Säckelmeister werden mittels Traktandenliste durch die Kommissionspräsidenten vorgängig über Datum und Inhalt der Kommissionssitzungen informiert.

Der Gemeindeschreiber informiert die Verwaltung über die Verhandlungen des Information Gemeinderats.

zwischen Behörden und Verwaltung

Die Ressortleiter und die zuständigen Verwaltungsangestellten informieren sich gegenseitig offen über die laufenden ressortspezifischen Geschäfte.

Der Gemeinderat bezieht die Verwaltung angemessen in den Meinungsbildungsprozess mit ein.

3 Geschäftsführung Gemeinderat

A Konstituierung

Art. 18

Die Geschäftsführung des Gemeinderats richtet sich nach §§ 34 ff. des Allgemeine Gemeindeorganisationsgesetzes.

Art. 19

DGemeinderat, Kommissionen und übrige Behörden konstituieren sich unter Konstituierung Vorbehalt des übergeordneten Rechts (z.B. § 46 Gemeindeorganisationsgesetz) selbst und organisieren die Geschäftsübergabe.

²⁾Der Amtsantritt der Gemeindebehörden erfolgt am 1. Juli des Wahljahres. Die konstituierende Sitzung des neu zusammengesetzten Gemeinderates findet jeweils im Juni statt. Der formelle Beschluss über die Konstituierung des Gemeinderates wird in der ersten Sitzung nach Amtsantritt gefasst.

Demissionen

Amtsantritt

³⁾ Demissionen aus Rat und Kommissionen sind dem Gemeinderat frühzeitig und schriftlich wie folgt bekannt zu geben: Gemeindepräsidentin/Gemeindepräsident bis zur zweitletzten Sitzung im Kalenderjahr vor Ende der Legislatur, Gemeinderatsmitglieder bis zur letzten Sitzung im Kalenderjahr vor Ende der Legislatur. Kommissionsmitglieder bis Ende Februar vor Legislaturende.

Art. 20

Der Gemeinderat bestimmt bei der Konstituierung für jedes Ressort eine Stellver- Stellvertretungen tretung aus den eigenen Reihen. Diese übernimmt die Vertretung der gemeinderätlichen Aufgaben gemäss Gemeinderatsbeschluss Nr. 117 vom 30. März 1994 und Organisationsreglement.

Die Stellvertretung innerhalb von Kommissionen und übrigen Behörden übernimmt der Vizepräsident des betreffenden Gremiums.

Im Rahmen der Konstituierung bestimmt der Gemeinderat die Delegationen in Delegationen Zweckverbände, Stiftungen, öffentliche Institutionen usw..

Die Delegierten vertreten die Interessen der Gemeinde. Sie informieren den Gemeinderat rechtzeitig über die laufenden Geschäfte. Vor Abstimmungen über Geschäfte von politischer Tragweite und massgebenden finanziellen Auswirkungen auf die Gemeinde holen sie die Meinung des Gemeinderats ein.

Art. 22

Die Mitglieder des Gemeinderats, der Ausschüsse und Kommissionen sind an Kollegialitätsprinzip den Mehrheitsbeschluss gebunden und vertreten diesen gegen aussen.

Art. 23

Ressortleitungen, Kommissionen und übrige Behörden regeln die Geschäftsführung Geschäftsführung unter Einhaltung des Pflichtenhefts sowie des geltenden nen, übrige Behörden Rechts selber.

B Geschäftsvorbereitung

Art. 24

Alle an den Gemeinderat gerichteten Geschäfte sind der Gemeindekanzlei zur Geschäftskontrolle Führung der Geschäftskontrolle einzureichen.

Art. 25

Der Gemeindeschreiber teilt die Geschäfte in Absprache mit dem Geschäftsvorbereitung Gemeindepräsidenten den gemäss Gemeinderatsbeschluss Nr. 117 und Organisationsreglement zuständigen Ressorts und Verwaltungsangestellten zur Bearbeitung (inkl. Termin) zu.

Sind mehrere Ressorts an einem Geschäft beteiligt, wird eines davon als federführend bezeichnet. Das federführende Ressort bezieht die betroffenen Ressorts in geeigneter Weise in die Geschäftsvorbereitung mit ein.

Die Bearbeitung erfolgt nach Massgabe der Geschäftsart (Art. 28) durch die zuständigen Verwaltungsangestellten im Einvernehmen mit der Ressortleitung. Im Konfliktfall wird das Geschäft nach den Vorgaben der Ressortleitung vorbereitet. Der Ressortleiter ist jedoch verpflichtet, den Gemeinderat über allfällige fachliche oder rechtliche Bedenken des Verwaltungsangestellten zu informieren.

c Gemeinderatssitzungen

Art. 26

Der Gemeinderat legt den Sitzungsplan fest. Die Sitzungen finden Sitzungen des ordentlicherweise am zweiten und am vierten Montag eines Monats statt.

Zu den ordentlichen Sitzungen wird nicht speziell eingeladen, die Einladungen zu den ausserordentlichen Sitzungen erfolgen im Auftrag des Gemeindepräsidenten durch die Gemeindekanzlei.

Die Sitzungen werden vom Gemeindepräsidenten geleitet und dauern in der Regel nicht länger als zwei Stunden.

Mindestens eine Sitzung pro Jahr wird für die Jahres-/Legislaturplanung bzw. Auswertung des vergangenen Jahres reserviert.

Art. 27

Geschäfte, die vom Gemeinderat behandelt werden sollen, sind der Gemeinde- Sitzungsvorbereitung kanzlei spätestens am Donnerstag, 09.00 Uhr, vor der Sitzung einzureichen.

Der Gemeindepräsident und der Gemeindeschreiber erstellen gemeinsam die Traktandenliste.

Die Aktenauflage erfolgt ab Freitag, 16.00 Uhr.

An der Gemeinderatssitzung wird vorausgesetzt, dass jedes Mitglied die Akten kennt.

Art. 28

Es werden folgende Geschäftsarten unterschieden:

Geschäftsarten

A: Antragsgeschäfte (verbindliche Beratung, Beschlussfassung)

Auf der Traktandenliste aufgeführte Geschäfte mit entsprechenden Anträgen zur Beschlussfassung. Über die Antragsgeschäfte wird an der Sitzung in der Regel nicht referiert, sondern es wird direkt zur Beratung und Beschlussfassung übergegangen. Nur bei Geschäften von besonderer Tragweite soll einleitend die zuständige Ressortleitung angehört werden.

A*: Sterngeschäfte (vereinfachte Beschlussfassung)

A-Geschäfte, die von geringer Tragweite und einwandfrei vorbereitet sind, werden auf der Traktandenliste mit einem Stern bezeichnet. Für diese Geschäfte sind weder Referate noch Diskussionen vorgesehen.

Die Beschlussfassung über das Geschäft erfolgt formlos. Jedes Mitglied des Gemeinderats hat jedoch das Recht, zu Beginn der Sitzung die Streichung des Sterns zu verlangen.

A-Geschäfte sind gemäss dem in Anhang 1 aufgeführten Raster vorzubereiten.

B: verbindliche Beratung (keine Beschlussfassung)

Vorberatung späterer Antragsgeschäfte von gewisser Tragweite. Als Grundlage für die Sitzung ist eine Aktennotiz mit Sachverhalt, Stellungnahmen der verantwortlichen Ressort- und Abteilungsleitung sowie konkreten Fragen zu formulieren. Die Ressortleitung referiert einleitend. Die Ergebnisse der Beratung dienen als Richtlinie für die weitere Bearbeitung des Geschäfts.

C: Information (keine Beschlussfassung)

Kenntnisnahme von Verfügungen und Beschlüssen anderer Behörden. Eine Diskussion findet in der Regel nicht statt. Die Ratsmitglieder können das Wort zu einzelnen Akten verlangen bzw. Aufträge erteilen.

Art. 29

Auf Wunsch der Ratsmehrheit oder der zuständigen Ressortleitung können für Einbezug von A- und B-Geschäfte von gewisser Tragweite der verantwortliche Verwal- Experten tungsangestellte und/oder externe Experten für die Gemeinderatssitzung zur Beratung bzw. Erläuterung beigezogen werden.

Verwaltung und/oder

Art. 30

Die Beschlussfassung und Protokollierung erfolgt grundsätzlich gemäss §§ 37 Beschlussfassung und ff. des Gemeindeorganisationsgesetzes.

Protokollierung

Über Geschäfte, die nicht traktandiert sind, kann nur dann diskutiert und Beschluss gefasst werden, wenn einwandfreie Grundlagen vorliegen und die Dringlichkeit vom Gemeindepräsidenten und von einer Mehrheit der Ratsmitglieder anerkannt wird.

Im Protokoll wird bei jedem Beschluss festgehalten, wem er mitzuteilen ist und wer in welcher Frist für die Umsetzung verantwortlich ist.

Das Protokoll wird durch die Ratsmitglieder auf seine Richtigkeit und Vollständigkeit geprüft und an der folgenden Gemeinderatssitzung betreffend Genehmigung behandelt.

Die vom Gemeinderat verabschiedeten Beschlüsse und Verfügungen werden Unterschriften vom Gemeindepräsidenten und dem Gemeindeschreiber rechtsverbindlich unterzeichnet.

Organisation Schnittstellen 4

A Gemeindepräsident/in

Zusätzlich zu den in §§ 51 ff. des Gemeindeorganisationsgesetzes aufgeführten Zuständigkeiten hat der Gemeindepräsident folgende Aufgaben Kompetenzen:

Art. 32

Er ist verantwortlich für die rechtmässige, effiziente und wirkungsorientierte Geschäftsführung/ Controlling Geschäftsführung bzw. das Controlling des Gemeinderats.

Art. 33

Er entscheidet über Beschwerden gegen Mitglieder des Gemeinderats, soweit Beschwerden und Kompetenzkonflikte nicht Aufsichtsbehörde regelt abschliessend die zuständig und Kompetenzkonflikte zwischen den Ressorts.

Art. 34

Er vertritt den Gemeinderat gegen aussen.

Repräsentation GR

в Ressortleitungen

Zusätzlich zu den Zuständigkeiten aus dem Gemeindeorganisationsgesetz und den übrigen Bestimmungen des Organisationsreglements die Ressortleitungen folgende Aufgaben und Kompetenzen:

Art. 35

Die Ressortleiter sind verantwortlich für die ihnen durch die Gemeindeordnung Aufgabenbereich/ und den Gemeinderat übertragenen Aufgaben. Ihre Aufgaben und Kompetenzen werden in einem Pflichtenheft festgehalten (Raster Pflichtenheft Einzelperson siehe Anhang 2).

Pflichtenheft

Die Ressortleiter üben die politische Aufsicht über den Aufgaben- und Führungsfunktion Kompetenzbereich ihrer Kommissionen, übrigen Behörden und zugeordneten Verwaltungsangestellten aus. Sie sind gegenüber den Kommissions- und Behördenmitgliedern sowie den zuständigen Verwaltungsangestellten im Rahmen ihrer Kompetenzen weisungsbefugt.

Art. 37

Die Ressortleiter sind zusammen mit den zuständigen Verwaltungsangestellten Ressort-Controlling verantwortlich für die Planung, Berichterstattung und Erfolgskontrolle in ihrem Aufgabenbereich.

Art. 38

Im Rahmen des Ressort-Controllings sind die Ressortleiter zusammen mit den Budget, Rechnung zuständigen Abteilungsleitern verantwortlich für die Budgetierung Begründung der Jahresrechnung zu Handen der Finanzverwaltung bzw. des Säckelmeisters.

Art. 39

Die Ressortleiter sind verantwortlich für die im Voranschlag für ihren Finanzielle Aufgabenbereich bewilligten Mittel. Sie sind zusammen mit den zuständigen Verwaltungsangestellten ermächtigt, Kreditfreigaben für budgetierte einmalige Ausgaben von mehr als Fr. 1'000.- bis und mit Fr. 10'000.- im Einzelfall (inkl. Vergabe von Arbeiten und Lieferungen) zu erteilen.

Kompetenzen

Für höhere Beträge und für Beträge ausserhalb des Voranschlags haben sie der Arbeitsvergebungen zuständigen Behörde Antrag zu stellen. Diese bestimmt das anzuwendende Beschaffungsverfahren und je nach Verfahren die zur Offertstellung einzuladenden Unternehmer bzw. Lieferanten.

Für Arbeiten und Lieferungen ab Fr. 5'000.- sind mindestens zwei Offerten einzuholen. Konkurrenzofferten sind an die Gemeindeverwaltung zu adressieren, mit einem Stichwort zu versehen und werden erst nach Ablauf der Eingabefrist im Ressortverantwortlichen und Verwaltungsangestellten geöffnet. Über die Offertöffnung wird ein Protokoll erstellt.

Art. 40

Alle wichtigen Entscheidungen auf Stufe Ressort werden gemeinsam von den Unterschriftenberechtigung Ressortleitern und den zuständigen Verwaltungsangestellten unterschrieben.

Davon ausgenommen sind Verfügungen und Korrespondenzen, welche der Verwaltungsangestellte gemäss Pflichtenheft und Organisationsreglement in eigener Kompetenz unterzeichnen kann.

c Kommissionen und übrige Behörden

Zusätzlich zu den §§ 42 ff. des Gemeindeorganisationsgesetzes und den übrigen Bestimmungen des Organisationsreglements wird bezüglich Kommissionen und übrigen Behörden folgendes geregelt:

Art. 41

Die Aufgaben und Kompetenzen von Kommissionen und übrigen Behörden Pflichtenhefte werden in Pflichtenheften festgehalten (Raster Pflichtenhefte Gremien siehe Anhang 3).

D Gemeindeschreiber/in

Zusätzlich zu den §§ 55 ff. des Gemeindeorganisationsgesetzes und den übrigen Bestimmungen des Organisationsreglements hat der Gemeindeschreiber folgende Aufgaben und Kompetenzen:

Art. 42

Als Stabsstelle des Gemeinderats ist der Gemeindeschreiber verantwortlich für Controller-Funktion den Aufbau, die Bewirtschaftung und Weiterentwicklung des Gesamt-Controllingsystems der Gemeinde.

Art. 43

Der Gemeindeschreiber ist für alle Angestellten der Gemeindeverwaltung Aufgaben im Personalbereich Ansprechperson in organisatorischen Fragen.

Der Gemeindeschreiber ist Mitglied der Personalkommission.

Art. 44

Als Verwaltungschef stellt der Gemeindeschreiber die zielgerichtete, effiziente Geschäftsführung und rechtmässige Geschäftsführung der Verwaltung sicher.

Art. 45

Der Gemeindeschreiber ist zuständig für die Organisationsentwicklung. Er Organisationsentwicklung. Er Organisationsentwicklung überprüft periodisch den Aufgabenkatalog und die Organisationsstruktur bezüglich Zweckmässigkeit und Effizienz und unterbreitet dem Gemeinderat allfällige Optimierungsvorschläge.

Der Gemeindeschreiber ist ermächtigt, über die im Voranschlag für seinen Finanzkompetenz Verantwortungsbereich bewilligten Mittel Kreditfreigaben (inkl. Vergabe von Arbeiten und Lieferungen) für budgetierte einmalige Ausgaben bis Fr. 1'000.- zu erteilen.

E Verwaltung

Art. 47

Der Gemeinderat erlässt und ändert die Verwaltungsorganisation. Er stellt eine Organisation/ Pflichtenhefte aufgabenorientierte, effiziente Organisationsstruktur, eine ausreichende Stellenbemessung sowie eine zweckmässige Infrastruktur sicher.

Die Aufgaben und Kompetenzen der einzelnen Stellen sind in Pflichtenheften festgehalten.

Art. 48

Die Verwaltungsangestellten sind verantwortlich, dass die ihnen übertragenen Verwaltungs-Aufgaben erfüllt werden. Sie nehmen ihre Kompetenzen wahr und sorgen für den Informationsfluss. Sie organisieren ihre Arbeit so, dass die Aufgaben zielgerichtet und effizient erfüllt werden können.

angestellte

Die Verwaltungsangestellten sind ermächtigt, über die im Voranschlag für ihren Aufgabenbereich bewilligten Mittel Kreditfreigaben (inkl. Vergabe von Arbeiten und Lieferungen) für budgetierte einmalige Ausgaben bis Fr 1'000.- zu erteilen.

Art. 49

Der Gemeinderat erlässt und ändert den Stellenplan. Dieser wird in der Regel Stellenplan alle 2 Jahre überprüft. Die Vorbereitung erfolgt durch den Gemeindeschreiber.

Art. 50

Verwaltungsangestellte werden vom Gemeinderat auf Antrag der Anstellungen Entlassungen Personalkommission angestellt, besoldet oder entlassen. Besoldung

5 Schlussbestimmungen

Art. 51

Dieses Organisationsreglement tritt per 25.02.2002 in Kraft. Es ersetzt die Inkrafttreten

Geschäftsordnung des Gemeinderats vom 8. Juni 1998 und hebt allfällige weitere mit diesem Reglement in Widerspruch stehenden nachgeordneten Bestimmungen auf.

Sattel, 25. Februar 2002 Der Gemeindepräsident: Der Gemeindeschreiber:

sig. Martin Ulrich sig. Pirmin Moser